

Eine gemeinsame Veröffentlichung der SPD Ortsvereine
Markgröningen, Möglingen und Tamm

Rund um den Demokratenbuckel

Zur Bundestagswahl | 24. September 2017



WARUM ER EINEN UNTERSCHIED MACHT.

THOMAS UTZ
FÜR DEN WAHLKREIS
NECKAR-ZABER

Der Demokratenbuckel

Der Hohenasperg galt einige Zeit als der höchste Berg Württembergs: Zwar brauchte ein Demokrat nicht lange, bis er nach oben ins politische Gefängnis kam, dafür umso länger, wieder herunterzukommen. Wer aus Markgröningen, Möglingen und Tamm auf den Hohenasperg schaut, sollte bei seiner Wahl am 24. September daran denken: Keine nationalistische Partei darf in den Bundestag kommen!

Wir finden: Thomas Utz wird unserem Wahlkreis Neckar-Zaber als Abgeordneter des deutschen Bundestages gut tun. Der Bundestagskandidat der SPD will erreichen, dass diejenigen, die den wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen knapp zehn Jahre erarbeitet haben, endlich spürbar von diesem Aufschwung profitieren können. Deshalb

Thomas Utz

Geboren 13.04.1989 in Dresden
Wahlkreiskandidat für Neckar-Zaber
Berater für Unternehmensfinanzierung

"Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind für mich die wichtigsten Eigenschaften eines Volksvertreters."

fordert er, dass die Mitte unserer Gesellschaft finanziell entlastet wird. Der Bundestagskandidat will seine Erfahrungen als Berater für Unternehmensfinanzierungen einer internationalen Bank dafür einsetzen, dass Zukunftstechnologien auch weiterhin bei uns erforscht und entwickelt werden.
Mehr im Interview auf Seite 4/5.

Inhalt

Andrea Nahles:
Deutschland kann mehr
Seite 2

Leni Breymaier:
Wer CDU wählt, wählt
Rentenkürzung
Seite 2

Unsere Gemeinden 1:
Unsere Kinder, unsere
Zukunft – und die SPD
Seite 6

Unsere Gemeinden 2:
Das lange Warten
auf den Bus
Seite 7

DER BESSERE KANZLER

Was hat der Mann nicht für eine Berg- und Talfahrt hinter sich. Seiner Wahl zum Kanzlerkandidaten folgt ein Hoch ohne Beispiel. Die Umfragen überschlagen sich, viele Menschen treten in die SPD ein: Endlich ein Herausforderer für die ewige Kanzlerin. Martin Schulz – der neue Regierungschef? Doch dann: Landtagswahlen gehen verloren, das SPD-

Programm ist noch nicht da, die Dynamik zieht nach unten. Geht Martin Schulz die Puste aus? Mitnichten! Das Beispiel von Theresa May in Großbritannien zeigt: Wer sich zu früh freut... Überraschungen gab es bei den jüngsten Wahlen in Europa fast immer. Und inhaltlich wird langsam überdeutlich, dass die CDU nur einen einzigen Trumpf

in der Hand hat: Angela Merkel. Und die scheut klare Aussagen, wo immer es geht. Bestes Beispiel: Rente. Die Wählerinnen und Wähler haben deshalb am 24. September eine klare Alternative: eine einfallts- und mutlose Union oder eine SPD mit Martin Schulz auf neuen Wegen. Deutschland kann mehr!



Martin Schulz



SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles erwartet Macit Karaahmetoğlu nach der Wahl im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales.

ANDREA NAHLES: DEUTSCHLAND KANN MEHR

Der Saal ist voll besetzt, als Arbeitsministerin Andrea Nahles im Jazzclub Ludwigsburg auftritt. Viel Beifall. Man spürt: die Erwartungen sind hoch. Die Leute sind ihretwegen gekommen, viele von ihnen ohne SPD-Parteibuch. Als Andrea Nahles loslegt, wünscht sie zuerst Macit Karaahmetoğlu viel Erfolg. Sie möchte ihn nach der Wahl im Bundestagsausschuss „Arbeit und Soziales“ wiedersehen. Das kommt bei den Zuhörern gut an. Schnell betont sie in ihrer Rede: „Deutschland kann mehr“. Das gilt für vieles:

- Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Beispiel. Jeder zweite Beschäftigte bekommt nur einen befristeten Job. Damit kann er nicht für die Zukunft planen und keine Familie gründen. Möglich ist das durch die sachgrundlose Befristung, die Andrea Nahles gerne abgeschafft hätte. Aber die CDU/CSU will das nicht. Deswegen müssen viele junge Menschen schwere Nachteile in Kauf nehmen, damit Sie überhaupt einen Job kriegen.
- Viele Frauen würden gerne arbeiten, wenn sie für ihre Kinder eine Ganztages-

betreuung hätten. Aber die gibt es nicht überall. Die SPD will allen Frauen in Deutschland ermöglichen, voll zu arbeiten, nicht nur in Teilzeit.

- Viele Firmen im ländlichen Raum müssen auf schnelles Internet verzichten und haben Wettbewerbsnachteile. Da es für Unternehmen der IT-Branche aber nicht ohne geht, müssen Arbeitnehmer in diesen Berufen woanders hinziehen, bekommen aber schlecht Wohnungen oder pendeln. Andrea Nahles macht unter ihren Zuhörern fast einen Wettbewerb daraus, wer denn eigentlich in der Bundesregierung für dieses Zukunftsthema zuständig ist. Der Minister beschäftigt sich vorwiegend mit der Ausländermaut, heißt Alexander Dobrindt (CSU) und soll sich eigentlich auch als „Minister für digitale Infrastruktur“ betätigen – theoretisch. Von der für Deutschland notwendigen Breitbandverkabelung ist kaum etwas zu sehen. Die SPD kündigt deshalb für die Zeit nach der Bundestagswahl Investitionen auf breiter Front an.

- Automation in der Arbeitswelt war früher ein Schreckgespenst (Der Spiegel 2016: „Wie uns die Roboter die Arbeit wegnehmen“). Heute ist sie Realität. Für diesen Strukturwandel müssen die Arbeitnehmer fit gemacht und nichtvorzeitig in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Deshalb will Martin Schulz ein neues Arbeitslosengeld Q (ualifikation) einführen: „Wir investieren in Kompetenz!“

Wie es für die SPD allerdings gehen kann mit neuen politischen Instrumenten, erläutert Andrea Nahles mit der Einführung des Mindestlohnes: „Ich bin noch nie so hart angegangen worden wie dabei.“ Die Gegner verbreiteten vor allem die Behauptung, wer den Mindestlohn einführe, schaffe Arbeitslosigkeit. Andrea Nahles und die SPD blieben standhaft. Heute ist der Mindestlohn eine einzige Erfolgsstory. Die SPD will erreichen, dass er weiter erhöht werden kann. Einige Zuhörer bemängeln: Die SPD verkaufe ihre Erfolge schlecht und mache zu viele Kompromisse. Andrea Nahles kennt den Vorwurf, sagt aber deutlich: Wir müssen Kompromisse machen. Eine Partei mit 25 Prozent kann eben keine Ergebnisse abliefern, als ob sie 100 Prozent der Wählerinnen und Wähler hinter sich hätte. Deshalb der Aufruf: „Helfen Sie mir bei der Wahl, dass die SPD die Regierungsmehrheit bekommt und Martin Schulz Kanzler wird.“

„Wer die CDU wählt, wählt Rentenkürzungen“

Leni Breymaier trifft Frank Bsirske bei SPD-Veranstaltung in Eglosheim.

Wer Frank Bsirske und Leni Breymaier in der SPD-Veranstaltung in Eglosheim erlebt hat, weiß vor allem eins: Der Verdi-Bundeschef und die frühere Verdi-Landes- und heutige SPD-Landeschefin sind ein eingespieltes Paar. Kaum ein Ball, der nicht von beiden hin- und hergespielt wurde. Kaum eine Attacke auf die politischen Gegner, die nicht vom jeweils anderen aufgegriffen wurde. Damit war auch schnell klar, dass das Grünen-Mitglied Bsirske vor allem Breymaier zuliebe für die Sozialdemokraten in die Bütt gesprungen ist. Aber politisch trennt beide ohnehin nicht viel. Als Breymaier sich dazu bekannte, alle wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen seien immer von Sozialdemokraten umgesetzt worden, gab es keinen Widerspruch. Das gilt zumal bei einem Thema, das für beide ein

„Leidenschaftsthema“ (Breymaier) ist: die Rente. Bsirske zitierte die „dramatische Ausgangslage“, zwei Drittel der Bevölkerung hätten die Sorge, ob ihre Rente zum Leben reicht: „Und sie haben recht.“ Angesichts der derzeitigen Entwicklung ist die Rentenversicherung für ihn massiv bedroht und er erwartet eine tiefgreifende Altersarmut im Land. Dennoch sehe die CDU keinen Handlungsbedarf.

Das Rentenprogramm der SPD

- Rente ab 67 bleibt erhalten
- Rentenbeitrag nicht über 22%
- Solidarbeitrag für Geringverdiener
- Aufnahme von Selbstständigen in die Rentenversicherung

Die SPD-Landeschefin will deshalb dafür sorgen, dass das Thema im Wahlkampf zur Sprache kommt – und zwar mit einer klaren Aussage: „Wer CDU wählt, wählt Rentenkürzungen!“ Dies sei nach den Zahlen eindeutig. Und der Hinweis auf private Vorsorge helfe erst recht nicht. Gerade die Finanzkrise habe gezeigt, dass eine private Lebensversicherung kein bisschen sicherer sei als die öffentliche Rentenversicherung. Die zentrale Forderung deshalb: Die beschlossenen Kürzungen müssen gestrichen werden. Ob die Rente das richtige Thema für den Wahlkampf sei, fragte danach ein Zuhörer. Aber sicher, kam die Replik von Bsirske. Gerade die heutige Jugend sei davon stark betroffen: „Wenn sich nichts ändert, werden gerade ihre Renten im Alter massiv gekürzt.“ Deshalb: Die Rente – ein Wahlkampfthema für alle!

MAKE EUROPE GREAT AGAIN

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz will Europa besser machen. Er wehrt sich gegen die Forderung von Merkel und Trump, die deutschen Rüstungsausgaben massiv zu erhöhen.

Die Europäische Union befindet sich in einer schwierigen Phase. Die Krisen häufen sich ebenso wie die mangelnde Solidarität unter den Partnern und über allem steht der Brexit. Auch in Deutschland, dem größten Profiteur, ist die Unzufriedenheit groß. Ein „Weiter so“ geht nicht mehr.

Hier setzt SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz an. Der Europa-Experte will durch eine Reform der EU und durch eine europäische

Verteidigungsunion ein Ziel erreichen: Europa besser machen. Dabei soll die Bundeswehr zwar mehr Geld erhalten. Aber der von der CDU unterstützte Automatismus, die Ausgaben für Verteidigung auf rund 70 bis 80 Milliarden Euro jährlich anzuheben, wird abgelehnt. Die SPD hält einen solchen Rüstungswettlauf für sinnlos.

Die EU soll sich für Schulz künftig auf diejenigen Fragen konzentrieren, die Staaten nicht

mehr allein lösen können. Dazu will er die EU demokratischer machen und die Rechte des Parlaments stärken. Ein Investitionshaushalt der Eurozone soll Reformen und Investitionen unterstützen. Die SPD möchte, dass vor allem in den Krisenländern wieder in Wachstum investiert wird, dass Schulen und Krankenhäuser, Datenautobahnen und Startups finanziert werden. Ein deutlich aufgestockter Fonds soll dazu beitragen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken.

Die Steuern für europäische Unternehmen sollen etwa durch Mindestsätze für die Besteuerung harmonisiert werden.

Eine solidarische Flüchtlingspolitik braucht klare Regeln. Sollten Länder die Solidarität in wichtigen Fragen verweigern, müssen sie finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Um das Sterben im Mittelmeer zu beenden, ist ein europäisches Seenotrettungsprogramm erforderlich. Es soll zugleich Italien effektiv entlasten.



Martin Schulz ist der erfahrenste Europapolitiker Deutschlands. Er spricht fünf Fremdsprachen und war fünf Jahre lang Präsident des Europäischen Parlaments. Deshalb kennt er die europäischen Fragen in- und auswendig. Foto: SPD

Martin Schulz: Buchhändler und Politiker

Das Leben des Kanzlerkandidaten verlief mit vielen Höhen und Tiefen. Martin Schulz ist immer wieder aufgestanden und tritt am 24. September als sozialdemokratischer Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl an.

Martin Schulz wurde 1955 als jüngstes von fünf Kindern geboren. Von 1966 bis 1974 besuchte er das Würselener Heilig-Geist-Gymnasium. 1974 verließ er das Gymnasium mit der Mittleren Reife. Von 1975 bis 1977 absolvierte Martin Schulz eine Ausbildung zum Buchhändler. In den fünf Jahren nach Abschluss der Lehre war er bei Verlagen und Buchhandlungen im Raum Aachen tätig. 1982 gründete er mit seiner Schwester Doris eine eigene Sortiments- und

Verlagsbuchhandlung in Würselen, deren Mitinhaber er bis 1994 war. Schulz ist mit der Landschaftsarchitektin Inge Schulz verheiratet. Er hat zwei erwachsene Kinder und lebt in Würselen. Neben Deutsch spricht er Französisch, Englisch, Niederländisch, Spanisch und Italienisch.

Mit 19 Jahren trat er in die SPD ein. 1984 wurde er in den Würselener Stadtrat gewählt und drei Jahre später ohne Gegenkandidaten zum ehrenamtlichen Bürgermeister der

Stadt. Der 31-Jährige war damit der jüngste Bürgermeister Nordrhein-Westfalens.

1994 begann seine Karriere in der EU mit der Wahl ins Europäische Parlament. Von 2000 bis 2004 leitete er hier die deutsche SPD-Landesgruppe und bis Januar 2012 die gesamte Sozialistische Fraktion. Danach stand er fünf Jahre lang als Präsident an der Spitze des Europaparlaments.

Am 29. Januar 2017 wurde Martin Schulz vom SPD-Parteivorstand

einstimmig als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl am 24. September 2017 nominiert.

Innerhalb der ersten fünf Wochen nach der Nominierung verzeichnete die sozialdemokratische Partei mehr als 10.000 Parteieintritte. Am 19. März 2017 wurde Schulz von einem außerordentlichen Bundesparteitag mit 100 Prozent der gültigen Stimmen zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD gewählt. Und am 24. September 2017 ...

„Ich werde ein Abgeordneter sein, der anpackt und vollen Einsatz zeigt“



Thomas Utz will erreichen, dass eine neue Generation von Politikerinnen und Politikern in den Bundestag einziehen kann.

Sie treten als mit 28 Jahren junger Mensch zum ersten Mal als Bundestagskandidat an. Sind Sie zuversichtlich, dass Sie es schaffen?

Ich bin davon überzeugt, dass es Zeit ist für eine neue Generation in den Parlamenten. Dafür stehe ich mit meiner Kandidatur. Ich möchte den Menschen eine klare inhaltliche Alternative zu meinen Mitbewerbern bieten und dabei auch meine berufliche Erfahrung als Berater für Unternehmensfinanzierung bei einer international tätigen Bank und meine Auslandserfahrung mit einbringen.

Ich möchte mit Leidenschaft, Mut und Optimismus unsere Heimat in Berlin vertreten und mich mit voller Kraft für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, finanzielle Entlastungen für die Mitte unserer Gesellschaft, kostenlose und hervorragend ausgestattete Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Schulen und Hochschulen und einen hochattraktiven und preiswerten ÖPNV einsetzen. Es gibt einiges zu tun, um das Leben der Menschen in unserer Region zu verbessern und ich werde ein Abgeordneter sein, der anpackt und vollen Einsatz zeigen wird. Ja, ich bin zuversichtlich, dass die Menschen mit mir eine gute Alternative haben.

Weshalb wollen Sie in das Parlament, was wollen Sie dort erreichen?

Ich möchte, dass diejenigen, die den wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen knapp 10 Jahre erarbeitet haben, endlich spürbar von diesem Aufschwung profitieren. Das bedeutet, dass wir die Mitte unserer Gesellschaft finanziell entlasten.

Ich will, dass Zukunftstechnologien auch künftig noch in unserer Heimat erforscht, entwickelt und produziert werden, damit auch in mehreren Jahrzehnten die attraktiven und gut bezahlten Jobs noch in unserer Region entstehen und bestehen. Wenn die Menschen weltweit von zukunftsfähiger Spitzentechnologie sprechen, dann möchte ich, dass damit unsere Region gemeint ist. Ich möchte, dass Familien künftig von kostenlosen Betreuungseinrichtungen profitieren. Der Wegfall der Gebühren für Kindertageseinrichtungen ist finanziell eine deutlich bessere Entlastung als andere aktuell diskutierte Konzepte.

Ich möchte aber auch, dass Wohnen in unserer Region endlich wieder bezahlbar wird. Aus diesem Grund möchte ich mich für spürbare Bundesförderungen im Bereich des Wohnungsbaus stark machen, damit unsere Kommunen vor Ort neuen und für alle bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Eines meiner größten Anliegen bleibt jedoch die Verbesserung des ÖPNV. Ich will einen hochattraktiven und preiswerten ÖPNV, der der wirtschaftlichen Leistungsstärke unserer Region entspricht und die Menschen komfortabel und zu günstigen Konditionen von A nach B bringt. Hierfür muss auch der Bund entsprechende Mittel bereitstellen und Investitionen ermöglichen.

Jährliche Preissteigerungen beim ÖPNV lehne ich entschieden ab. Wir brauchen ein neues und preislich deutlich attraktiveres Konzept, damit die Menschen freiwillig auch mal das Auto stehen lassen.

Spielt ihr vergleichsweise junges Alter eine

Rolle in den Monaten vor der Wahl?

Nein. Ich nehme vielmehr wahr, dass sowohl die vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die ich in den vergangenen Monaten besucht habe, als auch die Menschen vor Ort es schätzen und gut finden, dass sich offensichtlich auch junge Menschen für unsere Region stark machen wollen. Die Menschen nehmen bei mir wahr, dass sie es mit jemanden zu tun haben, dem es um Inhalte und somit auch um die Zukunft seiner Generation geht und nicht um die eigene Person

Deutschland wurde in den vergangenen vier Jahren von einer Großen Koalition regiert. Würden Sie eine erneute Groko befürworten?

Nein, eine erneute Groko ist für mich genauso ein „No-Go“ wie eine Koalition mit der Linkspartei. Beides möchte ich ausdrücklich nicht und genau aus diesem Grund werbe ich mit aller Kraft für eine starke Sozialdemokratie.

Die CDU hat allerdings aktuell einen deutlichen Vorsprung in den Umfragen. Was macht Sie zuversichtlich, dass es dennoch für einen Wahlerfolg der SPD reichen wird?

Als SPD setzen wir klar und eindeutig auf die drängenden Zukunftsfragen unseres Landes und legen hierfür ein ausgearbeitetes, durchdachtes und durchfinanziertes Konzept auf den Tisch. Wir versprechen nicht nur plump Wohlstand für Alle, sondern wir sagen genau, wie wir unser Land als erfolgreiches, wirtschaftlich gesundes, lebenswertes und gerechtes Land gestalten wollen. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen guten Gewissens SPD wählen können,

wenn sie sich mit den inhaltlichen Positionen auseinandergesetzt haben. Wir entlasten die Mittelschicht und investieren in unsere Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Wir machen die Meisterausbildung kostenfrei und unterstützen damit auch das lokale Handwerk. Wir sorgen für zukunftsfeste und gerechte Renten, die ein vernünftiges Leben im Alter sichern und wir sorgen dafür, dass Unternehmen auch in Zukunft noch die gut bezahlten Arbeitsplätze in einem technologisch hoch entwickelten und sicheren Land anbieten werden.

Ich bin von den Konzepten der SPD für die Zukunft unseres Landes überzeugt und weiß, dass auch die Menschen Antworten und Strategien verlangen und sich nicht mit einem einfachen „weiter so“ zufrieden geben. Ja, ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Menschen guten Gewissens der SPD ihr Vertrauen schenken können.

Zum Abschluss, womit verbringen Sie eigentlich Ihre Freizeit, wenn es sowas überhaupt noch gibt?

(lacht). Aktuell bleibt leider tatsächlich wenig Zeit für meine Freunde und Familie oder Fußball und Tennis – beides spiele ich leidenschaftlich gerne im Verein. Die wenige Zeit, die mir aktuell neben der Kandidatur bleibt, verbringe ich deswegen am liebsten mit meiner Freundin und gemeinsam meinen Freunden bei einem Glas Wein oder Bier, zum Beispiel beim Grillen im Garten meiner Eltern.



SECHS GUTE GRÜNDE FÜR DIE SPD

Verkehr - ÖPNV stärken

Täglich staut sich der Verkehr in unserer Region in einer mittlerweile fast unerträglichen Art und Weise. Die Straßen sind überlastet und viele Menschen, die berufsbedingt pendeln, verbringen lange Stunden am Tag in ihren Autos. Für uns als SPD ist aus diesem Grund klar, dass wir - auch in unserer Region - einen preiswerten und attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr benötigen, der unserer erstklassigen Wirtschaftsregion ein erstklassiges Verkehrskonzept zur Seite stellt.

Europa – gemeinsam sind wir stärker

Europa braucht mutige und ambitionierte Reformen, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern - es muss bürgernäher, demokratischer und sozialer werden. Für mich ist jedoch klar, dass Europa keine Verhandlungssache ist, sondern unsere gemeinsame Zukunft. Einen Großteil unserer Waren und Dienstleistungen exportieren wir in die Europäische Union und gemeinsam mit der europäischen Partnern ist Deutschland in der Lage, weltweit Gehör zu finden und Einfluss auf wichtige Zukunftsfragen wie den Klimawandel, den weltweiten Handel und Fragen der Migration zu nehmen.

Bildung – muss uns etwas wert sein

Deutschlands Reichtum liegt in den Köpfen und individuellen Fähigkeiten der Menschen unseres Landes. Aus diesem Grund möchten wir das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz abschaffen. Der Bund soll überall finanziell unterstützen dürfen, wo Schulen modernisiert und auf den neusten Stand gebracht werden müssen und wo zusätzliche Lehrkräfte benötigt werden. Außerdem möchte ich kostenfreie Bildungswege, von der frühkindlichen Bildung bis zum Studium oder Meisterbrief. Unsere gemeinsame Zukunft muss uns Investitionen in Bildung wert sein.

Bezahlbarer Wohnraum – für alle

Die Entwicklung der Miet- und Eigentumspreise macht es für Normalverdiener in unserer Region mittlerweile häufig nahezu unmöglich, eine passende Wohnung oder ein passendes Haus zu finden. Aus diesem Grund wollen wir den Anstieg der Mietpreise begrenzen, Investitionen in den Wohnungsbau verstetigen sowie die energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau verlässlich finanziell unterstützen. Wo möglich, sollen Nachverdichtungsmöglichkeiten im innerstädtischen Bereich genutzt werden.

Unser Land wirtschaftlich fit machen

Mit einem breit angelegten Investitionsprogramm wollen wir die Infrastruktur unseres Landes fit für die Zukunft machen. Auch in Zukunft soll Deutschland wirtschaftlicher Motor im Herzen Europas sein und gute und attraktive Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger bereistellen. Dies gelingt uns jedoch nur, wenn wir unseren Unternehmen erstklassige Infrastruktur – auch im ländlicheren Raum – zur Verfügung stellen können. Ambitionierter Breitbandausbau, deutliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie öffentlich geförderte Investitionen in Forschung und Entwicklung sind nur einige Beispiele dafür, wie wir unser Land wirtschaftlich zukunftsfit machen können.

Finanzielle Entlastungen – für die Mitte unserer Gesellschaft

Diejenigen, die den wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahre durch ihre Arbeit erst ermöglicht haben, sollen nun endlich auch finanziell davon profitieren. Aus diesem Grund möchte ich die Normalverdiener in unserer Gesellschaft steuerlich entlasten und Familien die bestehenden Kindergartengebühren ersparen.

Unsere Kinder, unsere Zukunft – und die SPD

Die Sozialdemokraten der drei Gemeinden machen sich für den Ausbau einer guten Kinderbetreuung stark. Dafür sind mehr Erzieherinnen und Erzieher notwendig.

Im Regierungsprogramm stellt die SPD klar, dass sie in der kommenden Legislaturperiode das Kooperationsverbot aufheben und damit den Weg für eine „Nationale Bildungsallianz“ freimachen will. Damit könnte ein jahrzehntelanger Wunsch der hiesigen SPD-Kommunalpolitiker endlich wahr werden: die Gebührenfreiheit bei der Kinderbetreuung. Unter einer SPD-geführten Bundesregierung wird damit die Möglichkeit eröffnet, die Leistungen für die Kinderbetreuung zu Gunsten der Kommunen mitzufinanzieren.

Dieser Schritt ist auch unbedingt notwendig. Markgröningen, Möglingen und Tamm erleben momentan einen großen Anstieg der Geburtenzahlen und somit der zu betreuenden Kinder. Zudem will Markgröningen ein Wohngebiet mit über 250 Wohneinheiten ausweisen; auch in Tamm sind mehrere neue Baugebiete in Planung. Diese Entwicklungen zwingen die Kommunen dazu, neue Einrichtungen zu bauen und neues Personal einzustellen.

„Der Bund kann uns mit Investitionszuschüssen beim Bau neuer Einrichtungen eine große Hilfe sein“, sagt Pedro Fernandes, Fraktionschef der Markgröninger SPD. Der Möglinger SPD-Fraktionsvorsitzende Gerald Häcker sieht diese Entwicklung sehr positiv. „Wir haben dieses hohe Niveau bewusst geschaffen und das Image einer familienfreundlichen Kommune entwickelt, denn Kinder sind

entscheidend für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune“, erklärt Häcker.

Eine große Herausforderung der Kommunen ist allerdings, den Personalbedarf zu decken. Der Markt für pädagogisch ausgebildete Erzieherinnen und Erziehern ist praktisch leergefegt. Während die Gemeinden Markgröningen und Möglingen sich am gesetzlich vorgeschriebenen Mindest-Personalschlüssel (Anzahl Kinder pro BetreuerIn) orientieren, hat sich Tamm zu einem anderen Weg entschlossen: Der Personalschlüssel liegt über den Vorgaben des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS). Die Tammer SPD-Fraktionsvorsitzende Sonja Hanselmann-Jüttner hierzu: „Zu einer guten Kinderbetreuung gehören neben einer guten Ausstattung auch ein guter Personalschlüssel.“

Die drei Kommunen legen Wert auf eine pädagogisch wertvolle Arbeit. Sie haben deshalb ein Qualitätshandbuch erstellt, in dem Konzepte für die einzelnen Kindergärten und Umsetzungsschritte erarbeitet wurden. Dabei werden Standards für Kooperationen mit Einrichtungen wie der Musikschule, für die Einarbeitung neuer Mitarbeiter, für die koordinativen Aufgaben zwischen den Kindergartenleitungen und der Verwaltung, aber auch für weitere Schwerpunkte etwa in den Bereichen Sprache, Bewegung oder Logik festgelegt. Diese Handbücher werden

fortlaufend aktualisiert, um die hohe Qualität der Kinderbetreuung weiterhin zu gewährleisten. Alle drei Kommunen legen besonderen Wert darauf, dass alle Beteiligten an der Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder eine Erziehungspartnerschaft eingehen, um sie in ihrer individuellen Entwicklung gemeinsam zu begleiten und zu fördern.

Markgröningen betreibt sechs Kindergärten, darüber hinaus gibt es noch drei Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft und einen Waldkindergarten in freier Trägerschaft. In **Möglingen** gibt es sechs öffentliche Kindergärten und zwei Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft. **Tamm** betreibt acht Kindergärten.

Die Finanzierung der Betreuung ist allerdings oft umstritten. Möglingen orientiert sich bei der Gestaltung der Gebühren an den Landesrichtsätzen. Abhängig von den in einem Haushalt lebenden Kindern und der jeweiligen Betreuungsform werden hier Gebühren erhoben. In Tamm richtet sich die Verwaltung ebenfalls nach den Landesrichtsätzen, ebenfalls unter Berücksichtigung der im Haushalt lebenden Kinder. Dabei ist es der Tammer SPD (mit Unterstützung der Grünen) zu verdanken, dass Bürgerinnen und Bürger, die sozial schwächer gestellt sind, durch die Einführung der „Tamm-Card“ 30 Prozent weniger Kindergartenbeiträge tragen müssen. Darüber hinaus gibt es weitere Vergünstigungen (siehe: www.tamm.de). Sonja Hanselmann-Jüttner betont deshalb: „Solange wir in der Kinderbetreuung nicht den Nulltarif erreicht haben, muss unser oberstes Ziel sein, dass diese für alle bezahlbar ist.“

Markgröningen orientiert sich an den Vorgaben kommunaler Landesverbände sowie an den Festlegungen der Kirchen und ihrer Spitzen-/Trägerverbände. Wie in Möglingen werden hier die Gebühren sowohl abhängig von der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder und der jeweiligen Betreuungsform als auch abhängig vom Einkommen erhoben. „Ich finde es solidarisch, wenn Familien mit einem höheren Haushaltseinkommen diejenigen unterstützen, die wenig verdienen und auf Hilfe angewiesen sind. Diese Solidarität zeichnet uns in Markgröningen aus“, unterstreicht Pedro Fernandes.



Foto:
Fotolia ©

Impressum

„Rund um den Demokratenbuckel“ ist eine gemeinsame Veröffentlichung der SPD-Ortsvereine Markgröningen, Möglingen und Tamm.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Roland Peter | Schulstr. 17/1, 71696 Möglingen
Autoren: Pedro Fernandes, Sonja Hanselmann-Jüttner, Uli Hiller, Gerhard Jüttner, Dr. Roland Peter
Informationen: Gerald Häcker

Fotos: Matthias Beron, Pedro Fernandes, Fotolia ©, Uli Hiller, Gerhard Jüttner, Nathanael Meier, Marc Weisedel
Grafik: Chris Krause | Umbruch: Philipp Feil



DAS LANGE WARTEN AUF DEN BUS

Der öffentliche Nahverkehr zwischen Ludwigsburg, Bietigheim-Bissingen und dem Umland muss endlich verbessert werden.

Dienstag, 9.50 Uhr. Ich warte in der Bahnhofstraße in Möglingen auf den Bus nach Ludwigsburg. Gerade ist der Bus Nr. 536 zum Breuningerland weggefahren. Um 9.56 Uhr soll mein Bus Nr. 508 kommen. Ich warte vergeblich. Der nächste Bus (Linie 533) kommt um 10.11 Uhr. Den kann ich aber nicht nehmen, da er nicht über Löscher West (Löscherschule) fährt, wo mein Trainingspartner mit seinem Rollator auf mich wartet, dem ich in den Bus helfen soll. Über Mobiltelefon informiere ich ihn über die Lage. Noch hoffe ich, dass der 508er doch noch kommt. Um 10.11 Uhr frage ich den Fahrer des 533, ob etwas über den 508er Bus bekannt sei und ob er eventuell auch über Löscher West fahren könnte. Er verneint.

Mein Kumpel würde es nicht schaffen, in der kurzen Zeit mit dem Rollator nach Löscher Ost zu kommen. Also steige ich nicht ein. Auf dem ausgehängten Fahrplan finde ich die RBS-Telefonnummer 93130. Ich rufe dort an und erkundige mich nach dem verschollenen 508er Bus. Niemand weiß etwas. Von Zuffenhausen, von wo er herkommen soll, wurde nichts gemeldet. Vielleicht hat der 508er den direkten Weg nach Ludwigsburg genommen, ohne über Bahnhofstraße und Löscher zu fahren, was er selbstverständlich nicht darf.

Jetzt um 10.25 Uhr kommt er nicht mehr. Der nächste um 10.56 Uhr fährt nur bis Löscher West, genauso wie der um 8.56 Uhr. Ich bestelle ein Taxi und lasse mich zur Haltestelle vor der Löscherschule chauffieren. Dort wartet nur noch einer, mein Partner mit Rollator. Er berichtet, dass alle anderen inzwischen wieder heimgegangen seien: Mütter mit kleinen Kindern, teils mit Kinderwagen, alte oder behinderte Menschen. Viele hatten einen Arzt-Termin, der sich so nicht mehr einhalten

ließ. Oder sie wollten einkaufen. Dafür reichte die Zeit auch nicht mehr.

Zum Training beim MTV Ludwigsburg kommen wir auch zu spät – trotz Taxi. Wer erstattet uns die Kosten? Jede Woche können wir uns das nicht leisten. Das nächste Mal erreichen wir den Anschlussbus nicht, weil sich der 508er zu viel Zeit lässt. Ein andermal liegt Schnee. Dasselbe Chaos. Beim RBS wird mir bestätigt, dass der Bus in Zuffenhausen im Schnee-Stau steckengeblieben sei. Immerhin!

Ich beschwere mich jetzt jedes Mal. Besser geworden ist es bisher nicht. Dabei bin ich längst nicht der einzige, dem das passiert. Auch von Ludwigsburg aus in Richtung Möglingen müssen die Pendler Bus-Probleme hinnehmen. Wer in Ludwigsburg mit der Bahn ankommt, muss oft Glück haben, wenn er den Bus tatsächlich erwischt, so kurz ist die Zeit für den Übergang. Falls nicht, darf man halt warten, und warten...Zum Beispiel jeden Abend gegen 19 Uhr. Für Pendler summiert sich dieses Warten auf viele Stunden im Jahr.

Wer das Bus-System nicht durchschaut, wartet am Ludwigsburger ZOB vielleicht an der falschen Haltestelle. Nr. 16 oder 17? Es gibt keine „Möglinger“ Haltestelle. An Nr. 16 halten die Busse, die über den Löscher fahren. Die anderen an Nr. 17. Außer dem letzten 534. Der fährt auch als 533 über den Löscher. Ein Chaos.

Dabei sollten die Möglinger zufrieden sein. Schließlich fahren mehrere Buslinien in ihre Gemeinde. Aber manche ganz selten, andere nur morgens und abends oder nur montags bis freitags, manche fahren gleichzeitig.

Noch schwieriger ist es für die Markgröninger.

Sie können nur mit einer Linie (533) nach Ludwigsburg kommen. Als Ersatz für das ehemalige Bähnle.

Busfahren ist aber nicht nur von Ludwigsburg aus kein Vergnügen, vor allem wenn jemand zwischen Bahn und Bus umsteigen muss. Die zeitliche Abstimmung der Busse auf die Züge am Tammer Bahnhof in Richtung Bietigheim ist so schlecht, dass immer wieder lange Wartezeiten entstehen – oder es fährt wie an Sonn- und Feiertagen nahezu überhaupt kein Bus. Auch in die Nachbarorte Bissingen und Markgröningen sowie zum Friedhof sucht man Busverbindungen vergebens. Überall, wo große Wohngebiete nur mit Bussen erreicht werden können, gibt es diese Verbindungsprobleme. Das Tammer Wohngebiet Hohenstange ist so ein Beispiel.

Die Folgen des mangelhaften öffentlichen Personenverkehrs für den gesamten Verkehr im Ballungsraum werden immer fataler. Kein Wunder, dass jeder Haushalt mindestens ein Auto haben muss, wahrscheinlich sogar mehr. Wie in Möglingen, wo abends und am Wochenende die öffentlichen Parkplätze knapp werden und wildes Parken an der Tagesordnung ist. Und Elektroautos helfen gegen das Verkehrschaos auch nicht.

Für die SPD ist es umso wichtiger, dass endlich der öffentliche Personenverkehr ausgebaut und verbessert wird. Dazu gehört die Stadtbahn von Markgröningen über Möglingen nach Ludwigsburg. Dazu gehören örtliche Zubringer-Busse mit enger Taktung. Und dazu gehören auch mehr Busquerverbindungen, um mehrfaches Umsteigen zu reduzieren. Nicht zuletzt gehören dazu günstige Preise und ein leicht zu durchschauendes Tarifsystem.

SCHATTENSEITEN DES WOHNUNGSBOOMS

Im Landkreis Ludwigsburg ist es für Familien fast nicht mehr möglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden.



In den Wahlkreisen Ludwigsburg und Neckar-Zaber herrscht eine große Wohnungsnot. Die SPD will deshalb den sozialen Wohnungsbau voranbringen.

Foto:
Fotolia ©

Seit Monaten stoßen die eifrigen Leserinnen und Leser des Möglinger Mitteilungsblatts ständig auf einen Aufruf der Gemeindeverwaltung: Möglingen sucht dringend Wohnungen und sogar Büroflächen für Flüchtlinge. „Gerne auch Wohnungen, die auf dem freien Markt nur schwer zu vermieten sind“, schreibt Bürgermeisterin Rebecca Schwaderer. Das ist nur ein Symptom dafür, wie schwer die Wohnungsnot insgesamt unsere Region und insbesondere auch Möglingen, Markgröningen und Tamm erfasst hat.

Dabei steigt die Einwohnerzahl weiterhin, in Möglingen jetzt auf rund 11.500. „Möglingen wächst und wächst“, schrieb die LKZ fast bewundernd dazu. Doch dieser Boom hat Schattenseiten. Vor allem zieht er in den drei Gemeinden und der gesamten Region Stuttgart höhere Miet- und Wohnungspreise für die Bevölkerung nach sich. Möglingen liegt nach dem Mietspiegel für 2017 für Mietwohnungen bei 8,47 Euro pro Quadratmeter, damit höher als der Landesdurchschnitt (8,37 Euro), ganz zu schweigen vom Bundesdurchschnitt (7,97 Euro). In Markgröningen ist die Miete sogar auf 8,75 Euro pro Quadratmeter geklettert.

Es ist offensichtlich, dass sich in den Kommunen mit dieser Entwicklung ein erheblicher Standortnachteil auftürmt. „Inzwischen können sich selbst große Teile der Fachkräfte kaum noch eine Wohnung leisten“ – auch in mittleren und kleineren Städten der Region Stuttgart, sagt Professor Tilmann Harländer, früherer

Professor für Architektur und Wohnsoziologie der Universität Stuttgart, gegenüber der Stuttgarter Zeitung. Das Problem trifft vor allem Familien mit Kindern.

Vor Ort gehen die Sozialdemokraten bereits neue Wege. „Wohnraum muss auch in Zukunft bereitgestellt werden – und zwar zu sozialverträglichen Preisen“, fordert Fraktionschef Gerald Häcker in Möglingen. Unter entscheidender Mitwirkung der SPD hat der Gemeinderat eine Richtlinie verabschiedet, wonach die Gemeinde private Wohnungen anmieten und für eine geringere Miete weitervermieten kann. Zudem müssen Investoren künftig 20 Prozent des neuen Wohnraums für Menschen mit mittlerem Einkommen zur Verfügung stellen. Und sie sollen pro Wohneinheit 3.000 Euro für den Bau von Kindergärten tragen. Das wird erstmals beim Neubau der vorherigen Schlecker-Filiale im Wohngebiet Löscher umgesetzt werden. „Für uns ist dies nur ein erster Schritt“, sagt Häcker.

„Unsere Stadt muss mit durchgreifenden Schritten in die Lage versetzt werden, sozialen Wohnraum zu schaffen.“

In Markgröningen will SPD-Fraktionschef Pedro Fernandes darüber hinausgehen. Er fordert nicht nur eine Festschreibung auf 20 Prozent, sondern die Gründung einer eigenen

Wohnbaugesellschaft. „Unsere Stadt muss mit durchgreifenden Schritten in die Lage versetzt werden, sozialen Wohnraum zu schaffen.“ Ein Beispiel dafür ist die Wohnbaugesellschaft der Stadt Kehl. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört es, eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu sichern. Zugleich unterstützt sie die kommunale Siedlungspolitik und führt städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen aus.

Doch eine andere Politik beim Wohnungsbau zieht auch andere Probleme nach sich. So leidet Markgröningen bereits jetzt besonders stark unter dem Verkehr, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt müssen teilweise mit einer der höchsten Feinstaubbelastungen im Land leben. Das heißt für die SPD, dass zwar neuer Wohnraum in den vielen innerstädtischen Baulücken geschaffen werden muss. Doch vor einer weiteren Bebauung sollten zuerst die Verkehrsprobleme gelöst werden, etwa mit einer neuen Stadtbahn. Hinzu kommt, dass die Kommune bei weiterem Wohnraum auch mit mehr Kindern rechnen muss – und damit auch mit einem weiteren Bedarf an Kindergärten und Schulen.

Auch die Sozialdemokraten in Tamm sehen beim weiteren Ausbau viele Knackpunkte. An erster Stelle steht für sie das Ziel, die Ortsentwicklung vorausschauend und schonend zu gestalten und auf eine ausgewogene Bebauung zu achten. Demgegenüber habe die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat in Tamm in erster Linie das Ziel, der Kommune mithilfe neuer Baugebiete höhere Einnahmen zu verschaffen. „Hier geht es um die Zukunft unserer Gemeinde. Dazu müssen wir auch den Bedarf von Familien und unteren Einkommensschichten beachten“, erklärt SPD-Fraktionschefin Sonja Hanselmann-Jüttner.

Tamm braucht deshalb eine umfassende Neubestimmung seiner Wohnungsbaupolitik, sagt die SPD. Dabei geht es sowohl um die Zusammensetzung neuer Wohngebiete als auch um den Standort. So gerate im Baugebiet Hohenstange eine der wichtigsten und wenigen Naherholungsmöglichkeiten in Gefahr.

Genauso wie in Markgröningen fordern die Sozialdemokraten in Tamm zuerst eine Klärung, wie der zusätzliche Verkehr und der neue Bedarf etwa an Kindergärten und Schulen gelöst werden können: „Hier ist Tamm bereits heute an seine Grenzen gelangt.“ Zur Haushaltskonsolidierung taue das Thema Wohnbebauung also nur bedingt.

„Die schnelle Ausweisung von Baugebieten schafft für Tamm mehr Fragen als Antworten. Hier erwarten wir auch von der Verwaltung eine grundsätzliche Klärung“, unterstreicht die SPD-Fraktionschefin.